

MEDIENSERVICE

Energie, Steuern und Bürokratie: Standort braucht Perspektiven

**Energiewende als Schlüssel für einen
nachhaltigen und erfolgreichen Wirt-
schaftsstandort Oberösterreich**

Linz, 12. Dezember 2024

Ihre Gesprächspartner:

Mag.^a Doris Hummer
Präsidentin der WKO Oberösterreich

Dr. Gerald Silberhumer
Direktor der WKO Oberösterreich

WKOÖ-Präsidentin Mag.^a Doris Hummer Standortpolitik als Königsaufgabe für neue Regierung WKOÖ steht vehement an der Seite der Unternehmen

„Die Rahmenbedingungen am Standort Österreich stimmen nicht mehr. Österreich ist eines der europäischen Schlusslichter bei Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Das globale Umfeld können wir kaum verändern. Sehr wohl aber die Rahmenbedingungen für die Unternehmen im eigenen Land! Unsere Steuern auf Arbeit sind zu hoch, die Bürokratie zu groß. Das erstickt Leistungsbereitschaft und Investitionsfreude. Unsere Wirtschaft und insbesondere die Industrie bekommt das aktuell schmerzlich zu spüren. Die aktuellen Regierungsverhandlungen müssen darauf abzielen, schnellstmöglich Lösungen für diese Probleme zu finden. Konkrete Vorschläge liegen mit unserem Klartext-Paket auf dem Tisch. Jetzt drängt die Zeit sie umzusetzen. Darauf werde ich sehr genau achten und drängen. Die Wirtschaftskammer steht in diesen schwierigen Tagen mehr denn je an der Seite ihrer Mitgliedsbetriebe“, so WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer zu den aktuellen Regierungsverhandlungen.

Enormer Nachholbedarf bei Investitionen

Vor allem drängt die WKOÖ-Präsidentin darauf, die Investitionstätigkeit in Österreich wieder anzukurbeln, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. „Die Unternehmen sehen derzeit keine Wege, um gesichert in den Ausbau, die Innovation oder die Modernisierung zu investieren. Parallel dazu werden staatliche Investitionen in die Infrastruktur zurückgefahren. Das ist toxisch für jeden Wirtschaftsstandort.“

Besonders der Hochbau braucht aktuell einen Turbo. Während der private Wohnbau in Österreich langsam wieder an Tempo gewinnt, herrscht hier vielfach Stillstand. Sowohl unternehmerische als auch öffentliche Investitionen werden als zu riskant eingestuft.

Aus Sicht der Wirtschaftskammer Oberösterreich sind in unserem Land insgesamt Investitionen von 60 bis 70 Milliarden Euro notwendig, um die Infrastruktur fit für die digitale und ökologische Transformation zu machen. Dazu braucht es:

- Eine Politik, die nachhaltig investiert und gleichzeitig an den richtigen Stellen spart (Lohnnebenkosten).

- Anderer Zugang zu Förderungen. Die „Gießkanne“ hat ausgedient (Klimabonus). Zu fördern sind Innovationsprojekte und Investitionen in die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft. Hier muss die öffentliche Hand an der Seite der mutigen Investoren stehen und diese in der Tragfähigkeit ihres Risikos unterstützen!
- Raschere Verfahren und Umsetzung. UVP-Verfahren dauern mehrere Jahre, verursachen Kosten in Millionenhöhe und bringen im Ergebnis unkalkulierbare Mehrkosten. Das zulässige „vereinfachte UVP-Verfahren“ reicht völlig aus, um EU-Vorgaben zu erfüllen. Das parallel dazu vorgesehene aufwändige „UVP-Verfahren“ ist abzuschaffen.
- Kundmachungen Online. Viele Verfahrensschritte sind hier zu teuer und kompliziert.
- Einspruchs- und Beschwerdemöglichkeiten reduzieren, die wichtige Projekte massiv verzögern können.

Energiepreise: Dauerthema, Dauerdruck

Die hohen Energiepreise beeinträchtigen derzeit die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. Das zeigt ein Vergleich der reinen Energiepreise von Strom und Gas in Europa und der Welt. „Vor allem unsere energieintensive Industrie steht vor einem gewaltigen Thema, die Abwanderungsgefahr in diesen Branchen ist hoch. Energiepreise, Netzentgelte, Steuern, Abgaben: es braucht Kostenmodelle, die Unternehmen Sicherheit bieten.“

- Die reduzierte Elektrizitäts- und Erdgasabgabe um mindestens ein Jahr verlängern.
- Aussetzen der Erneuerbaren-Förderpauschale für 2025 und Einfrieren der CO₂-Bepreisung auf den heutigen Wert.
- Druck auf Deutschland. Die deutsche Gasspeicher-Umlage, darf nicht ab 1. Jänner wieder erhöht werden.

WKOÖ-Standort-Initiativen greifen bereits auf vielen Ebenen

Die Standort- und Infrastrukturprogramme der WKOÖ (Folder anbei) sind wichtige Grundsatzpapiere und zugleich Leitlinien für eine nachhaltige regionale Entwicklung. Darin werden sowohl die überregionalen Erfordernisse auf Bundeslandebene und die lokalen Investitionsnotwendigkeiten auf Bezirksebene thematisiert. Ebenso werden innovative, neue Projekte entwickelt.

- Mit der gemeinsamen **Standortdatenbank** standortooe.at bieten WKOÖ und Business Upper Austria eine Plattform für ein nachhaltiges Standortmanagement in Oberösterreich.
- Die WKOÖ unterstützt in ihrer Funktion als **Standortanwalt** Projektbetreiber bei deren Ausbauplänen (220-KV-Leitung im OÖ-Zentralraum, Donaubrücke Mauthausen).
- Monitoring des Ausbaus der **Energieinfrastruktur**. Die WKOÖ hat dazu einen Energie-Masterplan erstellt, der den notwendigen Ausbau spezifiziert und quantifiziert.
- **Verkehrsprojekte:** laufende Aktualisierung der Ausbaufortschritte in OÖ, um eine zeit- und zielgerechte Umsetzung zu gewährleisten.

Hummer: Auf die Finger schauen!

In der aktuellen Lage zieht die WKOÖ-Präsidentin folgendes Fazit: „Wenn wir den Strukturwandel, insbesondere zu einer klimafreundlichen und weniger energieintensiven Wirtschaft erfolgreich meistern wollen, dann müssen wir an allen standpolitischen Stellschrauben drehen - und zwar rasch und kräftig. Ob bei Genehmigungsverfahren, Investitionen, Strategien, Energiepreisen. Es braucht Tempo. Allein die Umsetzung ist hier der Benchmark. Da werde ich ganz genau hinsehen. Bündeln wir die Kräfte aller Standortpartner. Bildung - Forschung - Design - Wirtschaft - Politik müssen sich zusammentun und gemeinsam vorwärts gehen“

WKOÖ-Direktor Dr. Gerald Silberhumer Energiewende als Schlüssel für einen nachhaltigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort OÖ

Die WKOÖ hat ein kontinuierliches Monitoring entwickelt, mit dem der Ausbau der Energieinfrastruktur in unserem Bundesland beurteilt werden kann. In der beiliegenden Broschüre ist dies grafisch dargestellt. Es werden dabei die 3 Dimensionen des Zieldreiecks in der Energiepolitik als Kenngrößen verwendet:

1. Wirtschaftlichkeit
2. Versorgungssicherheit (unterteilt in Erzeugung und Verteilung/Speicherung)
3. Umweltverträglichkeit

Wirtschaftlichkeit: Österreich hat ein Energiekosten-Problem

Schon die reinen Energiepreise steigen seit dem 1. Quartal 2024 wieder, insbesondere seit dem Gaslieferstopp von Russland. Zusätzlich droht der Wirtschaft nun aufgrund des Auslaufens der Unterstützungen, die in den Jahren 2023 und 2024 zur Abfederung der gestiegenen Energiepreise eingeführt wurden, eine weitere massive Kostenwelle. Vor allem Unternehmen, die aktuell schon unter der angespannten wirtschaftlichen Lage und der Rezession leiden, werden nun erneut mit einer erheblichen Mehrbelastung konfrontiert.

Dies betrifft die Rückkehr von zahlreichen zusätzlichen Abgaben und Belastungen, die sowohl für die Industrie als auch für den Mittelstand und kleinere Betriebe eine hohe Last darstellen.

Folgende Maßnahmen, die bislang ausgesetzt oder reduziert waren, werden mit Beginn des neuen Jahres wieder voll in Kraft treten:

- Erneuerbaren-Förderpauschale: war seit 2022 ausgesetzt
- Erneuerbaren-Förderbeitrag: war seit 2022 ausgesetzt
- Erhöhung der Elektrizitätsabgabe: von 0,001 auf 0,015 Euro je Kilowattstunde
- Erhöhung der Erdgasabgabe: von 0,01196 auf 0,066 Euro je Kubikmeter

Zusätzlich sollen folgende Abgaben teils dramatisch angehoben werden:

- Nationaler CO₂-Preis: von 45 auf 55 Euro je Tonne
- Erhöhung der Strom-Netzentgelte: im Haushalts- und KMU-Bereich in OÖ um 31,9 Prozent, im Industrie-Bereich um 27,2 Prozent
- Erhöhung der Gas-Netzentgelte: im Haushalts- und KMU-Bereich in OÖ um 30,4 Prozent, im Industrie-Bereich um 8,8 Prozent
- Erhöhung des Erdgas-Clearingentgelts: bei Verbrauchsumsätzen um 23 Prozent, bei Handelsumsätzen um 41 Prozent
- Die deutsche Gasspeicherumlage belastet überdies österreichische Kunden mit derzeit 2,50 Euro je Megawattstunde. Obwohl die Aufhebung dieser Umlage auf Ministerebene zwischen Deutschland und Österreich bereits im Mai beschlossen wurde, ist die Umsetzung bislang ausgeblieben. Besonders prekär: diese Abgabe soll per 1.1.2025 auf 2,99 Euro je Megawattstunde steigen!
- Das Strompreiskosten-Ausgleichs-Gesetz, das in vielen anderen EU-Ländern eine Dauereinrichtung ist, ist nach wie vor nicht als dauerhafte Entlastung für unsere energieintensive Industrie umgesetzt.

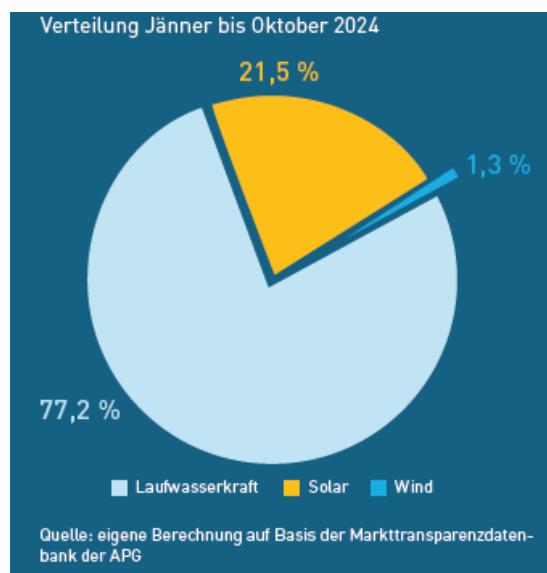
Österreich verliert damit zusehends an Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich der Standorte. Dies zeigt sich schon im Vergleich der reinen Energiepreise von Strom und Gas mit dem Durchschnitt der EU-27, ganz eklatant aber im Vergleich mit China und den USA. Vor allem unsere energieintensive Industrie in Oberösterreich trifft das besonders hart. Die Abwanderungsgefahr in diesen Branchen ist keine Dramatisierung, man kann sie fast greifen!



Die Versorgungssicherheit steht auf dem Spiel

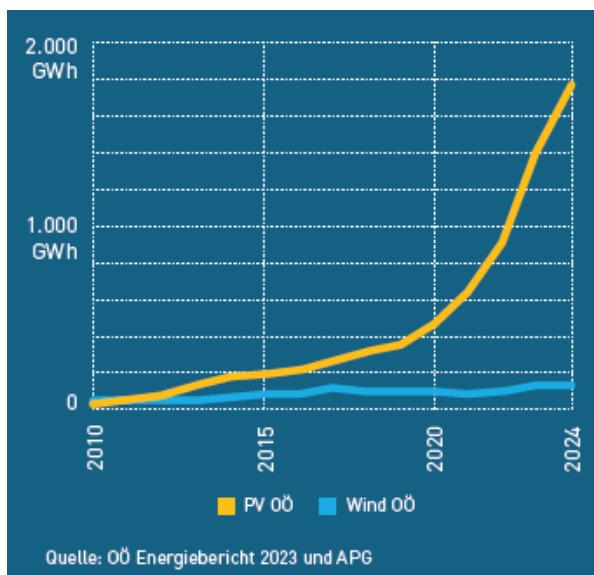
Herausforderungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom

In Oberösterreich werden rund 77 Prozent des elektrischen Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen gedeckt. Traditionell setzt Oberösterreich auf Wasserkraft. Mit 8,9 Terrawattstunden stellte diese 2022 trotz unterdurchschnittlicher Wasserführung knapp 60 Prozent der oberösterreichischen Stromaufbringung. Für den notwendigen Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch übernehmen Gaskraftwerke mit 2,1 Terrawattstunden und der Importsaldo mit 1,7 Terrawattstunden eine wichtige Funktion.



Bei Photovoltaik ist Oberösterreich führend

Vor allem die Erzeugung mit Photovoltaik wird derzeit stark ausgebaut, mit dem Ziel der Verzehnfachung des Solarstroms bis 2030. Oberösterreich ist auch das Bundesland mit den meisten neuen PV-Anlagen. Damit stimmt grundsätzlich der Weg, um das Ziel bis 2030 zu erreichen 100 Prozent bilanziell aus erneuerbarer Erzeugung zu decken. Allerdings muss dabei bedacht werden, dass damit sehr stark auf die volatilste Form der Erzeugung gesetzt wird!



Es muss ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Erzeugungsarten herrschen, sonst sind Probleme mit dem Lastausgleich im Netz vorprogrammiert. Abschaltungen von Wasserkraftwerken zu PV-Spitzenlastzeiten sind schon vorgekommen, sind aber ein Bärendienst für die Energiewende.

Dazu kommt, dass die Netzbetreiber verstärkt Leistungsbeschränkungen für PV aussprechen, wenn das Ortsnetz am Standort der Anlage nicht mehr über ausreichende Netzkapazitäten verfügt. In Ausnahmefällen kann es vorkommen, dass PV-Anlagen zwar für die Eigenversorgung genutzt werden dürfen, für die Einspeisung aber Netzverstärkungsmaßnahmen abgewartet werden müssen.

Oberösterreich Nachzügler bei Windkraft

Im Vergleich zu Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark hinkt Oberösterreich beim Windkraft-Ausbau deutlich hinterher. Derzeit sind 31 Großwindkraftanlagen mit einer Leistung von etwa 52 Megawatt in Betrieb. Die jährliche Stromerzeugung schwankt je nach Windverhältnissen zwischen ca. 75 und 105 GWh. Seit 2019 ist die in Oberösterreich installierte Leistung nur geringfügig gestiegen.

Oberösterreich besitzt im Bereich der Windkraft noch erhebliches Ausbaupotenzial. Vielversprechende Windkorridore befinden sich zudem in dünn besiedelten Regionen. Dies eröffnet die Chance auf regionale Wertschöpfung durch Bau und Betrieb der Energieanlagen in strukturschwachen Gebieten.

Zwar sind nun - vielleicht auch ermutigt durch unsere Pressekonferenz aus dem Juli letzten Jahres, bei der wir uns klar für Windkraft ausgesprochen haben - einige Projekte im Entstehen. Allerdings sind im sogenannten „Windkraft-Masterplan“ des Landes OÖ nach wie vor nur Zonen ausgewiesenen, in denen die Windkraftnutzung praktisch ausgeschlossen ist. Im Gegensatz

dazu müssen laut der EU-Verordnung RED III bis Februar 2026 Beschleunigungsgebiete ausgewiesen werden.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es daher von wesentlicher Bedeutung,

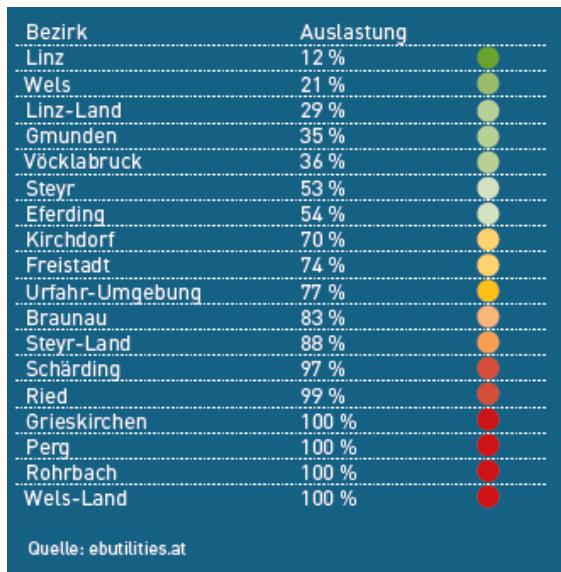
- den Ausbau von Windkraftanlagen zu ermöglichen und deren Errichtung zu beschleunigen, statt sie zu beschränken,
- laufende und anstehende Verfahren zu fördern, anstatt durch neue gesetzliche Vorgaben zu erschweren,
- „Ausschlusszonen“ zu vermeiden - vor allem im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Richtlinie RED III, die ausdrücklich Beschleunigungszonen vorsieht,
- dafür zu sorgen, dass die Stromproduktion möglichst ortsnah zum Verbrauch stattfindet - das entlastet die Stromnetze und verringert den Bedarf an Speichern.

Die Entlastung der Netze ist ein wichtiger Beitrag, um die Stromkosten im Inland stabil zu halten.

Umspannwerke: Sorge um die Peripherie

Um den Ausbau erneuerbarer Energietechnologien voranzutreiben, sind ausreichende Kapazitäten für die Netzanbindung der Erzeugungsanlagen unerlässlich. Auf Basis der Kapazitätsauslastung von Umspannwerken bildet der Bericht eine solide Grundlage, um regionale Handlungsmaßnahmen ableiten zu können.

Im Zentralraum sieht es gut aus - Sorgen macht die Peripherie: Es zeigt sich, dass die Umspannwerke in den Statutarstädten Linz, Wels und Steyr bei der Auslastung der Umspannkapazitäten absolut im grünen Bereich liegen. Währenddessen können vor allem in den Wintermonaten die Umspannwerke in Eferding, Wels-Land und Freistadt mit einer Auslastung zwischen 97 und 99 Prozent kaum mehr und die Umspannwerke in Grieskirchen, Perg, Rohrbach und Schärding mit 100 Prozent Auslastung gar keine zusätzlichen Kapazitäten anbieten.



Um das hohe Niveau bei der Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, sind neben dem Ausbau der Windkraft dringend Kapazitätserweiterungen in den Umspannwerken, insbesondere in den ländlichen Gebieten, notwendig. Ansonsten können größere Erneuerbare-Erzeugungsanlagen nicht ans Netz gehen.

Das Stromsystem wird anfälliger werden

Die vom Übertragungsnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG) monatlich veröffentlichten Engpassmanagement-Kosten zur Vermeidung kritischer Netzsituationen und damit zur Erhaltung der Netzstabilität zeigen, dass immer öfter in den Netzbetrieb eingegriffen werden muss. Diese sogenannten „Redispatch-Kosten“ lagen im Jahr 2023 schon bei knapp 139 Millionen Euro.

Investitionen in Speicher als Erfolgskriterium

Um den steigenden Bedarf an erneuerbaren Energien effizient zu bewältigen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist ein leistungsfähiges Energiespeichersystem unerlässlich. Der tägliche Lastausgleich spielt dabei eine zentrale Rolle. Österreich allein benötigt Investitionen in Höhe von rund 10 Milliarden Euro, um die erforderlichen Speicherkapazitäten für tägliche Lastausgleiche von bis zu 20 GWh zu schaffen. Eine Lösung dafür liegt in der Kombination von Pumpspeicherkraftwerken und Großbatteriespeichern.

Neuen Projekte wurden bereits in Angriff genommen (Pumpspeicherkraftwerk Ebensee, Ersatzneubau des Wasserkraftwerks Traunfall), während sich die Projekte Energiespeicher Riedl und Energiespeicher Bernegger in der Planungsphase befinden und Investoren gesucht werden.

Die Energiewirtschaft hat den großen Bedarf an Speichern erkannt und investiert z.B. mit Ebensee auch in Lösungen.



Allerdings reichen diese zur Deckung des Bedarfs bei zunehmender Elektrifizierung noch nicht aus, wie eine von der WKOÖ beauftragte Studie aus 2023 zeigt.

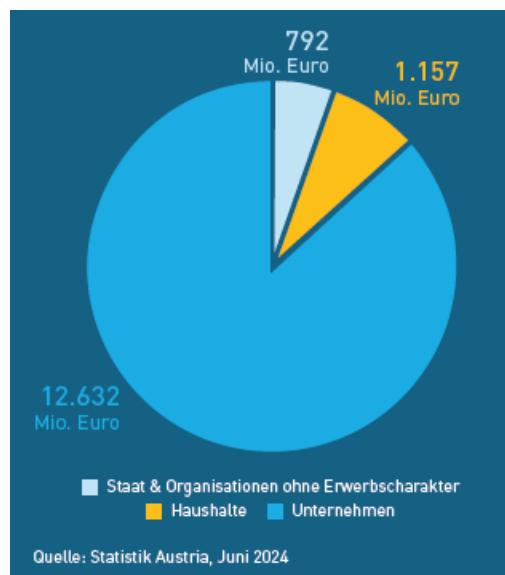
Die Energiewende ist nur mit einem integrierten Ansatz zu schaffen

Der Plan, die Stromversorgung Österreichs auf Photovoltaik und Wind zu stützen, braucht einen umfassenden und integrierten Ansatz.

Bei den Investitionen in neue Erzeugungsanlagen muss daher auf einen ausgeglichenen Mix von Wasser, Wind, Sonne, Geothermie, Biomasse und erneuerbaren Gasen geachtet werden. Gleichzeitig muss verstärkt in Netze sowie den Ausbau von Pumpspeichern zum Ausgleich zwischen Tag und Nacht und von Saisonspeichern und Elektrolyse-Anlagen zum Ausgleich zwischen Sommer und Winter investiert werden.

Umweltverträglichkeit: Oberösterreichs Wirtschaft ist auf dem richtigen Weg

Schon bisher haben die öö. Unternehmen massiv in Klima- und Umweltschutzmaßnahmen investiert. Die heimischen Unternehmen tragen den Hauptanteil bei Umweltschutzausgaben. Wie offizielle Daten von Statistik Austria zeigen, wurden in Österreich im Jahr 2021 14,6 Mrd. Euro für den Umweltschutz ausgeben. Der Unternehmenssektor trägt mit 12,6 Mrd. Euro für rund 85 Prozent dazu bei. Die restlichen 15 Prozent verteilen sich auf den öffentlichen Sektor und die Privathaushalte.



In den letzten knapp 25 Jahren ist außerdem eine weitgehende Entkopplung des Endenergieverbrauchs und des Treibhausgasausstoßes vom Bruttoregionalprodukt gelungen. So konnte das Bruttoregionalprodukt real seit 2000 um 42,8 Prozent gesteigert werden, während der Energieverbrauch nur um 18,2 Prozent und der Treibhausgasausstoß um 6,3 Prozent zugelegt haben. Die spezifischen Werte bezogen auf das reale Bruttoregionalprodukt sanken daher um 17,6 Prozent bei der Energieintensität und um 26,6 Prozent bei der Treibhausgasintensität. Die von der Wirtschaft getätigten Maßnahmen waren somit sehr erfolgreich!



→ Denn auf die Wirkung kommt es an: Umgesetzte Projekte reduzieren Treibhausgase, nicht Ziele und Berichte per se!

Auf den Punkt gebracht:

- Unternehmen tun viel für die Dekarbonisierung und die Energiewende.
- Jetzt ist die Politik gefragt, um den Standort abzusichern. Kosten bei Strom und Gas sind wieder stark im Steigen!
- Eigenproduktion im Land sichert Standort und stützt Versorgungssicherheit.
- Ausbau auch von Windkraft, Wasserkraft, Geothermie, Biogas nötig, nur PV ist zu wenig.
- Dringende Kapazitätserweiterungen in Umspannwerken vor allem am Land nötig, sonst können die erneuerbaren Großanlagen nicht ans Netz gehen.
- Die Politik muss klare, langfristige Rahmenbedingungen schaffen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.
- Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit dürfen nicht im Widerspruch stehen - beide Aspekte sind Grundlage einer nachhaltigen Energiewende.